

# Steuerliche Diskriminierung von über 40 Prozent unserer Einwohnerschaft ist nicht tolerierbar

Standpunkt der Landtagsabgeordneten Karin Zech-Hoop und Johannes Kaiser

Der Staatsgerichtshof-Entscheid vom Oktober 2020, wonach bei den im Ausland wohnenden EWR-Angehörigen, die in Liechtenstein im Öffentlichen Dienst arbeiten, der tiefste Gemeindesteuersatz zur Anwendung gelangt – also 150 Prozent, erzeugt gegenüber 41 Prozent der Bevölkerung eine Inländerdiskriminierung. Mit unserem Motionsauftrag an die Regierung wollen wir diesen Missstand beseitigen.

Der Staatsgerichtshof-Entscheid sorgte nach Inkrafttreten in der Oktobersession des Landtags (2021) über die Parteigrenzen hinweg für scharfe Worte, dass man nämlich dieser Inländerdiskriminierung absolut kein Verständnis entgegenbringe und dass diese nicht tolerierbar sei. Doch blieb es lediglich bei dieser Rhetorik und erstaunlicherweise ergriff die Regierung keine Initiative, die betroffenen Einwohnerinnen und Ein-

wohner – es sind dies 16 000 und damit 41 Prozent der Bevölkerung – von dieser steuerlichen Schlechterstellung zu befreien.

### Inländer zahlen bis zu 30 Prozentpunkte höhere Gemeindesteuerschläge

Die besagten EWR-Dienstnehmer, die als Grenzgänger im Öffentlichen Dienst in Liechtenstein arbeiten, kommen in den Genuss des tiefsten Gemeindesteuerschlags von 150 Prozent, während die Einwohnerinnen und Einwohner in Balzers mit einem viel höheren Gemeindesteuerschlag von 170 Prozent, in Eschen und Mauren gar mit 180 Prozent sowie in Ruggell mit 175 Prozent belastet werden. Für die FBP ist diese Inländerdiskriminierung nicht trag- und vertretbar, und so haben wir diesen Auftrag in Form einer Motion an die Regierung lanciert, eine Lösung zu erarbeiten, dass diese zwei Drittel der liechtensteinischen Bevölkerung in ihrer eigenen Heimat nicht steuerlich benachteiligt werden. Dies ist möglich, wenn den betroffenen Gemeinden Balzers, Eschen, Mauren und Ruggell die Möglichkeit geboten wird, bei EWR-Staatsangehörigen und der einheimischen Bevölkerung denselben Gemeindesteuersatz in Anwendung zu bringen, nämlich 150 Prozent.

### Die Schere der Steuerkraft der Gemeinden klafft immer mehr auseinander

Das Manna ist in Liechtensteins Gemeinden unterschiedlich verteilt, und die Schere der Steuerkraft geht innerhalb der Gemeinden stets weiter auseinander. Bei der Sanierung des Staatshaushaltes leisteten die Gemeinden in den letzten zehn



Die Landtagsabgeordneten Johannes Kaiser und Karin Zech-Hoop zur FBP-Motion: «Die steuerliche Diskriminierung von über 40 Prozent unserer Einwohnerschaft in Liechtenstein muss möglichst rasch beseitigt werden.» (Foto: FBP)

Jahren einen Löwenanteil, wobei gerade die Finanzausgleichsgemeinden besonders hart getroffen wurden. Die Finanzausgleichszahlungen des Landes an die Gemeinden liegen heute um 40 Millionen tiefer als im Jahr 2011. Die Gemeinden Balzers, Eschen, Mauren und Ruggell erhalten heute jährlich CHF 26 Mio. weniger Finanzausgleich als vor zehn Jahren! Eine Absenkung des Gemeindesteuerschlags auf 150 Prozent ist für sie deshalb finanzpolitisch nicht tragbar.

### Wie erreichen wir mindestens eine Gleichbehandlung der inländischen Steuerzahler?

Die FBP-Motion offeriert der Regierung einen Lösungsvorschlag, wie

diese Inländerdiskriminierung beseitigt werden kann. Der Motion liegt eine klare Analyse zu Grunde sowie ein systematischer Lösungsansatz, ausgehend von der realen Steuerkraft und unter Berücksichtigung der Steuerentwicklung in den betroffenen Gemeinden. Es geht hierbei nicht um eine Generalrevision des komplizierten Finanzausgleichssystems, sondern allein um eine pragmatische und kurzfristig realisierbare Massnahme, die steuerliche Benachteiligung in den Gemeinden Balzers, Eschen, Mauren und Ruggell zu beseitigen. Die Finanzierung erfolgt hauptsächlich durch eine Korrektur bei den Ertragssteuer-

anteilen mit einer horizontalen Ausgleichswirkung, welche von den finanzstarken Gemeinden getragen wird. Ein solcher Ausgleichsansatz wurde von den Gemeinden bereits im Februar 2020 in einer Stellungnahme zum Finanzausgleichsgesetz und Steuergesetz in Vorschlag gebracht. Der Regierung und der Landtag haben es in der ersten Arbeitssitzung des Landtags im März 2022 in der Hand, der Inländerdiskriminierung entgegenzutreten, und es ist zu hoffen, dass diese Motion an die Regierung überwiesen wird – und dass die Regierung die gesetzliche Implementierung möglichst rasch zum Ziel bringt.

## IMPRESSUM

**Herausgeberin:**  
Fortschrittliche Bürgerpartei

**Redaktion:**  
Rainer Gopp

**Adresse:**  
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz  
Tel.: +423 237 79 40

**www.fbp.li**  
**E-Mail: info@fbp.li**



## FBP stellt zukünftige Weichen für Liechtenstein

Interview geführt von Anton Beck, Junge FBP

Raumplanung, AHV und Energiewende: Parteivizepräsident Marcel Kaufmann erklärt, welche Themen für Liechtenstein in den kommenden Jahren entscheidend sein werden und wie sich die FBP ihnen widmet.

**Der FBP-Landesvorstand führte Ende Oktober einen Workshop zum Thema Raumentwicklung in Liechtenstein durch. Warum?**

Vor knapp 20 Jahren lehnte das liechtensteinische Volk eine Vorlage für ein Gesetz zur Raumplanung ab. Seit damals gab es kein übergeordnetes Konzept mehr, obwohl sich die Lage mittlerweile verändert hat. In den Gemeinden entstanden dutzende neue Zonen, welche unterschiedlichste Zwecke verfolgen. Dabei ist uns aufgefallen, dass es in einigen Gemeinden zwingend übergeordnete Ideen benötigt.

**Wo sieht die FBP aktuell Probleme in der Raumplanung?**

Die Stiftung zukunfts.li hat im Jahr 2019 eine fundierte Studie herausge-

bracht, die alle Themen der Raumentwicklung betrachtet. So sind dort neben Wohnen und Wirtschaft auch die Herausforderung der Mobilität abgebildet. Gerade der motorisierte Individualverkehr wird uns in den nächsten Jahren sehr fordern – hier liegen ja auch praktische Umsetzungsmöglichkeiten der IG Mobiles Liechtenstein vor, aus welchen höchstwahrscheinlich ein überparteilicher Auftrag erfolgen wird. Es benötigt ausgeklügelte und längerfristige Lösungen. Zusätzlich ist das Thema der Verdichtung und somit die Baugesetzgebung näher zu betrachten. In einer Arbeitsgruppe werden wir nun, auf Basis des Inputs der Studie und des Workshops unseres Landesvorstands Lösungsvorschläge erarbeiten.

**In den letzten Monaten war die AHV immer wieder ein Thema. Ist dies für die FBP mit der Beantwortung der Interpellation momentan erledigt?**

Ich musste schon sehr über die Schlagzeile im «klar» der Vaterländischen Union vom letzten Samstag schmunzeln. Unser Koalitionspartner lässt aktuell keine Möglichkeit aus,

die Zukunftsgestaltung der AHV für sich in Anspruch zu nehmen. Es scheint, dass sich einige VU Exponenten geärgert haben, dass die FBP-Fraktion die wichtigsten Fragen im Rahmen der erwähnten Interpellation stellte. Kurze Zeit später folgten zuerst teils lose Fragen der VU im Landtag und dann ein Postulat mit Fragen, von denen einige schon in unterschiedlichsten Vorstössen beantwortet wurden.

Aber um deine Frage zu beantworten: Nein, es ist definitiv nicht erledigt. Wir arbeiten aktuell neben der AHV auch andere Fragen rund um den demografischen Wandel auf und werden somit gut gerüstet für entsprechende künftige Vorlagen der Regierung sein.

**Gibt es noch andere Themen die aktuell bearbeitet werden?**

Ja, im Rahmen «unserer Agenda für Liechtenstein» arbeiten wir an der Gesundheitsprävention/-vorsorge. Aktuell befasst sich eine Gruppe mit dem Thema «gesunde Ernährung für Kinder und Jugendliche». Eine weitere Arbeitsgruppe befasst sich mit Fra-



Interview mit Marcel Kaufmann (Foto: Michael Zanghellini)

gen rund um den Bildungsbereich. Dabei wird die Bildungsstrategie 2025+, sowie die Pilotstudie des Bildungsberichts 2021 neben weiteren Ideen im Zusammenhang mit der liechtensteinischen Bildungslandschaft ein Thema sein.

Gerade ihr bei der Jungen FBP habt das Thema «Elternzeit» bereits öffentlich thematisiert. Besonders freut es mich, dass ihr euch aktuell mit der Zukunft der «Pensionskasse» und der «Eigentumsbildung» auseinandersetzt. Die weiteren Schwerpunkte sind bereits aus der Agenda für Liechtenstein bekannt, die wir an Veranstaltungen mit Vorstössen debattieren möchten.

**Nicht erwähnt hast du das Thema Klimawandel/Energiewende?**

Ja genau – hier hat bereits Anfang 2020 eine FBP-Arbeitsgruppe konzeptionelle Eckpunkte erarbeitet, die der Landesvorstand zur Kenntnis nahm. Erste Aktionen haben wir gesetzt und weitere werden folgen. Dies ist das Thema, welches alle Staaten weltweit beschäftigt. Unsere Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni hat schon früh anlässlich des Wahlkampfes betont, dass die Energiewende für Liechtenstein ihr eine Herzensangelegenheit ist. Somit können wir uns glücklich schätzen, dieses grosse und komplexe Thema in guten Händen zu wissen.